

Peer Steinbrück fordert Kommunalpolitiker zur Unterstützung auf CDU will ein anderes Gesellschaftsmodell



Ministerpräsident Peer Steinbrück: „Wer SPD will, muss SPD wählen, wer Steinbrück will, muss SPD wählen.“

Gut gelaunt und kämpferisch präsentierte sich Peer Steinbrück auf der Landesdelegiertenversammlung in Münster. Spontan erhoben sich die Delegierten und Gäste zur Begrüßung ihres Ministerpräsidenten von den Plätzen.

Steinbrück forderte alle Sozialdemokraten auf, sich nicht durch die „Wasserstandsmeldungen“, wie er die Umfragen nannte, irritieren zu lassen. „Für den Erfolg am 22. Mai kommt es nicht darauf an, Prognosen zu interpretieren, sondern engagiert Wahlkampf zu machen.“ Er nannte die Kommunalwahl des vergangenen Jahres den eindrucksvollen Beweis dafür, dass die SPD das kann.

Schließlich sei es gegenüber der Europawahl gelungen, weit über eine Million zusätzliche Wählerstimmen für die SPD und ihre Kandidaten zu mobilisieren. „Darauf aufbauend muss es jetzt gelingen, etwa 800.000 Wähler zusätzlich für die SPD zu gewinnen, um stärkste Partei im Landtag zu bleiben. Ein erreichbares Ziel, da sich fast 40 % der Wähler erst in den letzten Tagen vor der Wahl entscheiden.“

Der Ministerpräsident forderte, die Unterschiede zur CDU deutlicher in den Mittelpunkt des Wahlkampfes zu stellen. Deren ständige Angriffe auf Mitbestimmung, Tarifautonomie und Kündigungsschutz machten eindeutig klar, dass die CDU ein anderes Gesellschaftsmodell verfolge. Auch ihr Modell der Kopfpauschalen bei der Krankenversicherung, nach dem der Zahnarzt den gleichen Beitrag zahle, wie eine alleinerziehende Verkäuferin, zielt auf einen klaren Abschied vom Solidarprinzip.

Eine strikte Absage erteilte Peer Steinbrück allen Überlegungen der CDU für Studiengebühren und die Abschaffung des BAFöG. „Der Zugang zu mehr Bildung darf nicht einer sozialen Auslese unterworfen sein!“

In 39 Jahren sozialdemokratischer Regierungsverantwortung habe die SPD deutlich unter Beweis gestellt, dass sie den notwendigen Strukturwandel voranbringe ohne den sozialen Frieden aufs Spiel zu setzen. Peer Steinbrück erinnerte dabei an die erste Kohlekrise der Ära Heinz Kühn, den beispiellosen Ausbau Nordrhein-Westfalens zu einer Bildungs- und Hochschulregion unter Johannes Rau und die wirtschaftspolitischen Innovationen, die mit Wolfgang Clements Namen verbunden und durch mittlerweile über 300.000 Arbeitsplätze in der Medienbranche eindrucksvoll belegt seien.

„Wir müssen den Menschen klar machen, dass die Politik der SPD für sie einen konkreten Mehrwert hat, weil unsere Politik notwendige Änderungen vorantreibt und gleichwohl den sozialen Zusammenhalt gewährleistet.“

Peer Steinbrück betonte, dass es bei der Landtagswahl nur eine Stimme gebe. „Diese will ich für die SPD, nicht für eine Koalition, es geht um unsere Wählerinnen und Wähler“, sprach er wie gewohnt Klartext. Der grüne Koalitionspartner sei bei dieser Wahl ein Wettbewerber, CDU und FDP die politischen Gegner. „Wer SPD will, muss SPD wählen, wer Steinbrück will, muss SPD wählen“, stellte er klar und warnte unter deutlichem Beifall, die Politik der SPD mit Rücksicht auf den Koalitionspartner zu verzerren.

In Richtung der Kommunen betonte der Ministerpräsident, dass deren Finanzlage nach wie vor äußerst schwierig sei. Die von ihm und seiner Regierung nachhaltig unterstützten Vorschläge für eine durchgreifende Gemeindefinanzreform seien am Widerstand der Union im Bundesrat gescheitert. Die Übereinstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden – darunter viele CDU-Mandatsträger – stehe im Widerspruch zu Rüttgers Plänen zur Abschaffung der Gewerbesteuer.

Das Land habe trotz der massiven Probleme des Landeshaushaltes in den vergangenen Jahren seinen Teil zur Stabilisierung der Gemeindefinanzen geleistet und mit der Einführung von Schul- und Sportpauschalen einen wichtigen Beitrag zur größeren Flexibilität kommunaler Haushalte beigetragen. Auch bei der gesetzlich garantierten Rendite aus den Arbeitsmarktreformen werde er darauf achten, dass die finanzielle Entlastung die Kommunen auch tatsächlich erreiche.

Klare Position bezog der Ministerpräsident auch zu den ständigen Irritationen aus dem bürgerlichen Lager zur Zukunft der Sparkassen. Hier schloss er jede Form einer Privatisierung aus. Die Grundversorgung mit Bankdienstleistungen durch öffentliche Banken sei für die mittelständische Wirtschaft, aber auch für die Bürger ein wichtiges Element der Daseinsvorsorge.

Kritische Töne schlug Steinbrück in Richtung einiger Führungskräfte aus der Wirtschaft an: „Die Vorbildfunktion der Leistungseliten wird teilweise nicht wahrgenommen“, kritisierte er mit Hinweis auf Managergehälter bei Krankenkassen und Banken. Seine abschließende Aufforderung an die Kommunalpolitiker der SPD, die Tage und Wochen bis zur Wahl für den Straßenwahlkampf, Telefonaktionen und die direkte Ansprache der Wähler zu nutzen, beantworteten die Delegierten mit langanhaltendem Applaus. „Wir müssen um jede Stimme kämpfen.“

INHALT

Wandel als Chance	Seite
■ Wie reagieren Kommunen auf die neue Gesellschaft des Alterns? Zukunftsforum der SGK NRW	2
Feinstaub in den Städten	
■ Land unterstützt Kommunen	2
■ Hagen, ein gutes Beispiel	3
Kultur – Bildung	
■ Aus Kindern werden Künstler	4
■ 12.000 neue Betreuungsplätze für die ganz Kleinen	4
■ Kultur als Kompass in NRW	5
Unser Wissen – unsere Stärke	
■ Kommunalakademie NRW	7
■ e-learning für Kommunalpolitiker/innen	7

14. ordentliche Landesdelegiertenversammlung der SGK NRW

Am 16. April fand die Landesdelegiertenversammlung der SGK NRW in Münster statt. Dr. Gerhard Langemeyer wurde mit großer Stimmenmehrheit wieder zum Landesvorsitzenden gewählt. Der Vorstand hat einige neue Gesichter bekommen. Die vorliegenden Anträge wurden nahezu einstimmig angenommen und die Aussteller, die am Rande der Konferenz die Möglichkeit hatten, sich zu präsentieren, konnten sich über viele interessierte Besucher/innen freuen. Näheres auf Seite 6 und 8

Roter Teppich für Gründer

Harald Schartau fordert Hilfe der Kommunen

Die konsequente Förderung der mittelständischen Unternehmen und von Neugründungen stellte Harald Schartau in den Mittelpunkt seiner Ausführungen vor den SGK-Delegierten. Nordrhein-Westfalen sei auf dem guten Weg, das mittelstandsfreundlichste Land der Republik zu werden. Hierbei spielten die Kommunen eine entscheidende Rolle. In vielen Pilotprojekten würden derzeit neue Ansätze von ihnen gemeinsam mit dem Land erprobt. Schartau forderte eine durchgreifende Entbürokratisierung: „Wer den Mut hat, den Weg in die Selbstständigkeit zu gehen, dem muss in jedem Rathaus gleichsam der rote Teppich ausgerollt werden.“



Die Wirtschafts- und Innovationskraft unseres Landes sei gerade auf der Hannover-Messe wieder eindrucksvoll demonstriert worden. Den renommierten „Hermes Award“, mit 100.000 Euro der weltweit höchstdotierte Technologiepreis, konnte Bundeskanzler Gerhard Schröder dort an ein Essener Unternehmen überreichen. Von den vier weiteren in die engere Auswahl gezogenen Unternehmen stammten ebenfalls drei aus NRW und eines aus der Schweiz.